

# Regierungsratsbeschluss

vom 23. April 2013

Nr. 2013/729

**Auftrag FDP.Die Liberalen: Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung (06.11.2012);**

**Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) vom 27. März 2013 (A 163/2012)**

---

## 1. Feststellungen

Mit Datum vom 27. März 2013 unterbreitet die Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) ihren Antrag zum Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Massnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung (06.11.2012)

Erheblicherklärung mit ursprünglichem Wortlaut.

## 2. Erwägungen

Der Regierungsrat teilt zwar die Auffassung, dass alle wirksamen Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Ursachen für die Zunahme der Sozialhilfequote zu beseitigen oder zumindest abzuschwächen.

Armut stellt jedoch eine mehrdimensionale Problematik dar. Von Armut betroffene Menschen verfügen nicht nur finanziell über einen zu kleinen Handlungsspielraum, sondern es fehlt ihnen auch in den Lebensbereichen Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und soziale Netzwerke an Ressourcen. Die Ausgestaltung der finanziellen Versorgung von Menschen, die Armut ausgesetzt sind, stellt damit nur einen Teilbereich in der Gesamtproblematik dar. Der Regierungsrat kommt deshalb zum Schluss, dass die alleinige Zielsetzung, die Sozialhilfequote zu senken, zu kurz greift. Vielmehr ist die erkannte Problematik ganzheitlich anzugehen, um nachhaltige Ergebnisse erreichen zu können. Entsprechend soll in der Legislatur 2013 – 2017 eine übergeordnete, umfassend ausformulierte, kantonale Strategie zur Bekämpfung der Armut ausgearbeitet werden. Der Regierungsrat hält damit an seinem Antrag fest.

### **3. Beschluss**

Dem Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) vom 27. März 2013 wird nicht zugestimmt.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

### **Beilagen**

Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 27. März 2013

### **Verteiler**

Regierungsrat (6)  
Amt für soziale Sicherheit (4); CHA, HAN, BOR, Ablage  
Aktuarin SOGEKO  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat